

Abzugspreis  
sterteljährlich  
im Stadt, Ort  
und Nachbarort  
sehrst M. 1.65  
während M. 1.75  
schließlich der  
Postgebühren. Die  
Anzahlungen des  
Blattes findet in  
Ercheinung und  
jährlich, mit Aus-  
nahme der Sonn-  
und Feiertage.  
Gegründet 1877.



Anzeigenpreis  
Die tägliche Zeile  
oder deren Raum  
10 Pfennig. Die  
Reklamzeile ober  
deren Raum 20  
Pfennig. Bei  
Wiederholungen  
unveränderter An-  
zeigen entsprechen-  
der Rabatt. Bei  
geringfügiger Er-  
streckung und Kon-  
surrenz ist der  
Rabatt höher.  
Verlagsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-A.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 237 Druck und Verlag in Altensteig. Mittwoch, den 10. Oktober. Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler. 1917.

**Man zeichnet Kriegauleihe bei jeder Bank, Sparkasse, Kreditgenossenschaft, Lebensversicherungsgesellschaft, Postanstalt.**

# Krieg.

**W. B. Großes Hauptquartier, 9. Okt. (Amtlich.)**  
**Weitlicher Kriegsschauplatz:**  
**Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:**  
Der Artilleriekampf in Flandern war trotz des Sturmes und regnerischen Wetters fast zwischen dem Douthouster Wald und Bonnebele.  
Abends raffte der Feind seine Wirkung zu heftigen Feuerstößen gegen einzelne Abschnitte zusammen.  
Nach unruhiger Nacht begierete sich auf der ganzen Front die Feuerstätigkeit zum Trommelfeuere. Verbesserter der Bahn Staden-Boofinghe und nördlich der Straße Remin-Pern brach englische Infanterie zum Angriff vor. Der Kampf ist im Gange.

Bei den übrigen Armeen kam es — abgesehen von todsüßem andauerndem Feuer nordöstlich von Soissons — nicht zu größeren Gefechtsabhandlungen.  
Auf dem östlichen Kriegsschauplatz nichts von Bedeutung.  
**Mazedonische Front:**  
Lebhafteste Feuerstätigkeit nordwestlich des Doiransees, im Wardaral, am Dobroposse und im Cernabogor.  
Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Aus Mainz werden dem „Hamb. Fremdenblatt“ über die verheerende Wirkung der deutschen Flieger-Bomben auf die Festung Dürlinchen folgende Einzelheiten gemeldet: Verlässliche Londoner Berichte besagen, daß in der Nacht vom 24. zum 25. September in London ungewohnte Erschütterungen wahrgenommen wurden, die anscheinend von der Explosionskatastrophe von Dürlinchen herrühren. Mehrere deutsche Fliegerbomben haben in ein Benzinquartier eingeschlagen und hier einen unvorstellbaren Brand entfacht. Durch Flugfeuer wurden in der Nähe befindliche Seifenfabriken in Brand gesetzt, hinter brannte das ganze Industrieviertel. Ein riesiges Flammenmeer ergriff die ungeschützten Vorhöfe für die Arme, insbesondere Baumwolle, Holz, getrocknete Äpfel. Sämtliche Nahrungsmitteldepots der englischen Landwehrarmee gingen in Brand auf. Später griff der Brand auch auf das Hafengebiet über. Dort wurden sämtliche Werke, Tockanlagen und Eisengießereien vernichtet. Die im Vorhafen liegenden ungeheuren Militärgruppen mit Munition, Waffen und chemischen Kriegsvorparatzen flogen tragend in die Luft. Die Explosionen zerstörten die Schiffsanlagen und rissen große Löcher in den Erdboden. In der Stadt entstand eine fürchterliche Panik. Die Bevölkerung flüchtete aus den Häusern. Der Nordseehof wurde vollständig zertrümmert. Hier fielen dem Feuer zahlreiche hoch mit Munition und Vorräten besetzte Eisenbahnhöfe zum Opfer. Die meisten Kasernen der englischen Marine, Artillerie- und Infanterieformationen sind niedergedrückt.

## Die Reichstagskrisis beigelegt.

Als am Samstagabend der Reichstag seine Beratung über die Vorschläge der sozialdemokratischen Interpellation über die Stellung der Regierung zur neugegründeten „Deutschen Vaterlandspartei“ abbrach, war die Stimmung sehr erregt. Die Ausläufer, die die Reichsminister von Stein und der Kanzlerstellvertreter Dr. Helfferich gaben, genügten den Mehrheitspartei nicht, und als Dr. Helfferich, gereizt durch einen Zwischenruf aus dem Hause, mit den Worten: „Dann hat es keinen Zweck, wenn ich noch Worte vor Ihnen mache“, unvermittelt seine Rede abbrach, bemächtigte sich des Reichstags eine Erregung, die auf eine neue Regierungskrisis hinzutreiben schien. Der Reichskanzler, der der Sitzung nicht angewohnt hatte, begab sich auf den Bericht hin noch an demselben Abend ins Große Hauptquartier und in den Krisen der Reichstagsfraktionen wurde die Lage besprochen und die Stellungnahme der Parteien festgelegt.  
Als am Montag der Reichstag wieder zusammentrat, wurde in halbstündiger Sitzung gegen die Stimmen der Konservativen und eines Teils der Deutschen Fraktion die Geschäftsordnung abgeändert, indem die Interpellation vertagt und der Nachtragsetat, der im Hauptauschuss und in der zweiten Lesung bereits erledigt war, noch einmal an den Ausschuss zurückgegeben wurde. Der Zweck dieses ungewöhnlichen Vorgangs war, dem Reichskanzler selbst zu erfahren, wie er sich zu der Interpellation stelle und andererseits, wenn die Erklärung nicht im Sinne der Mehrheit ausfiele, die im Nachtragsetat angeforderte neue Stellung des Kanzlerstellvertreters (Dr. Helfferich), die in zweiter Lesung bereits bewilligt war, nachträglich abzuschneiden. Es war eine weltliche Krisis, der Reichskanzler, der inzwischen vom Hauptquartier wieder nach Berlin zurückgekehrt war, war bereit, im Hauptauschuss eine Erklärung abzugeben und er dürfte die Parteiführer auch verständigt haben, in welchem Sinne dies geschehen werde. Hingegen waren auch die besonnenen Führer des Reichstags mit Erfolg bemüht, die Erregung zu dämpfen und so trat am Montag nachmittags 3 Uhr, kurz nachdem die Vollführung des Reichstags beendet war, der Hauptauschuss zusammen. Es wirkte bereits eine andere Luft und an dem Zustandekommen einer Verständigung war nicht zu zweifeln. Glücklicherweise! Ein ersterer Konflikt hätte dem Reichstag unabsehbare Schäden bringen können, den Vorteil hätte aber der Feind gehabt, der gespannt auf den Ausgang der Angelegenheit gelaunert haben mag.

Ueber die Sitzung des Hauptauschusses meldet das Blatt:  
Gleich nach Eröffnung der Sitzung ergriff der Reichskanzler das Wort. Er führte aus: Es ist klage darüber erhoben worden, daß von Seiten von Beamten in unzulässiger Weise Propaganda zu Gunsten der Vaterlandspartei getrieben worden sei. Für die Beamten gilt politische Gesinnungsfreiheit. Jeder Beamte kann jeder Partei angehören, sofern sie nicht den Bestand des Reiches oder des Staates gefährdende Ziele verfolgt. Was noch ausbleibt in der Erklärung betreffende politische Betätigung, haben sich alle Beamten selbstverständlich Zurückhaltung aufzuerlegen. Ein Mißbrauch der dienstlichen Stellung nach der Richtung, daß ein Vorgesetzter die ihm nachgeordneten Stellen zu Gunsten oder veranlaßt, zu Gunsten einer bestimmten Partei Stellung zu nehmen, ist selbstverständlich durchaus unzulässig. Diese Grundsätze gelten für alle politischen Parteien aller Richtungen in gleichmäßiger Weise. Auch im Heere wird jede politische Agitation ausgeschlossen bleiben. In dem mit durch den Herrn Kriegsminister zur Verfügung gestellten Verzeichnis über den vaterländischen Unterricht, in die Politik eingeschlossen. Ich bin mit den bundesstaatlichen Regierungen befreundet, sämtlichen politischen Strömungen zu voller Objektivität gegenüberzutreten und jeder politischen Meinung volle Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen. Wägen doch die Vertreter der auseinanderstrebenden Meinungen sich vor Augen halten, daß in der Tat nicht die Betonung der Gegensätze in den Wegen und in den Mitteln das Entscheidende ist, sondern das Einheitsliche und Gemeinsame in den Zielen. Wenn uns klar vor Augen steht, daß wir alle an dem gleichen Stränge ziehen müssen und wollen, dann wird es dahin kommen, daß in der Tat derartige Zusammenstöße, wie die letzten gewesen sind, aus unserer politischen Leben auscheiden. Das ist jetzt, wie es immer gewesen ist und jetzt am meisten im Hinblick auf die schwere Zeit, in der wir stehen, unsere Pflicht.  
In der anschließenden Erörterung erklärte ein unabhängiger Sozialdemokrat, mit diesen allgemein gehaltenen Ausführungen nicht zufrieden zu sein. Ein konservativer Redner erklärte, die Rede habe nicht auf den den Ausschuss zurückgegebenen Nachtragsetat Bezug genommen, um den allein es sich doch hier handle. Dagegen wolle der Redner des Zentrum's ein, der Nachtragsetat fordere einen Schatzanleihekredit und es müsse festgestellt werden, ob daraus Mittel für die zur Erregung stehende heidnische Agitation im Heere verwendet würden. Ein Fortschrittler betonte, die Rückverweisung des Nachtragsetats sei aus dem Grunde erfolgt, weil man gerne erfahren wolle, was auf die am Samstag in der Vollversammlung vorgebrachten Beschwerden hin erfolgen solle. Ein sozialdemokratischer Redner betonte, daß der Reichskanzler zu den vorgebrachten Beschwerden über die amtliche Agitation und das Hineintragen der Politik in das Heer nichts gesagt habe. Warum würden nicht dem Reichstag die Leitfäden für den Aufklärungsdienst bekanntgegeben. Welche Bewandnis habe es mit der Konferenz der kommandierenden Generale im Kriegsministerium, auf der die Frage erörtert worden sein soll, wie das Verbot und Verbotswort der Arbeiter-

und Hilfsdienstpflichtigen unterbunden werden könne, woher der Verbot her zu kommen sei, nämlich gegen die Reklamieren der Lehrlinge vorzugehen. In welcher Weise werde die Aufklärungsdienst finanziert? Ein Fortschrittler erwiderte es durch die Ausführungen vom Samstag und heute als erwiesen, daß im Heer und von Seiten eines Teiles der Vaterlandspartei gegen die Beschlüsse des Reichstags unzulässige Agitation betrieben wurde. Ein Mitglied der National-Liberalen betonte, daß der Ausgang der Vollversammlung am Samstag ihn enttäuscht habe. Er bedauere sehr und Inhalt der Unterredungen bei den Rednern vom Regierungssitz, wodurch das Ansehen des Reichstags, dessen Rechte man nicht verletzen wolle, nicht geschädigt werde. Andererseits sei nicht zu verkennen, daß die Form, in der Staatssekretäre Helfferich geantwortet habe, eine erregte Stimmung gereizt habe. Er bestreite, daß mit dem Aufklärungsdienst die Armeepolitik verfahren solle. Er könne nicht glauben, daß 100.000 Mann zu diesem Dienst in Anspruch genommen werden sollten. Ihm sei von Offizieren und Herren, die den Aufklärungsdienst betrieben oder ihn konnten, gesagt worden, es handle sich dabei keineswegs um Verhandlungen von Reichstagsbeschlüssen oder irgend einer Partei. Wenn ein Abgeordneter gekommen wäre, man dies nicht verallgemeinern. Was die Angriffe auf die Generalkommandos anlangt, so scheie ihm, daß sie viel mehr zu Gunsten der Arbeiter eingegriffen hätten, als zu Gunsten der Unternehmern.

Staatssekretär v. Kshimann betonte, daß das unwürdige Amt mit der vom Vordredner genannten Broschüre „Der Reichstagsabgeordnete“ nicht zu tun habe. Sollte eine der Beamten mit dieser politischen Schmutzschrift etwas zu tun gehabt haben, so wäre er längst bei dem Vorgesetzten, dem Kriegsminister v. Stein, erkläre, bei der angeordneten Konferenz im Kriegsministerium habe es sich nicht um einen der kommandierenden Generale gehandelt, sondern um einen der Vorgesetzten der Wirtschaftskammer, die in Sachen des Hilfsdienstes beraten hätten, dabei auch die Frage, wie etwa ein solches angeordnetes Stelchen verhindert werden können. Er könne die Angriffe auf die Generalkommandos nicht verstehen, zumal sie manchen Gutes auch für die Arbeiter erbracht hätten. Was die Leitfäden und Richtlinien für den Aufklärungsdienst betreffe, so könnten sie ohne Bedenken hier mitgeteilt werden. (Einer Aufforderung entsprechend, wurden die einschlägigen Schriftstücke vorgelesen.) Hierzu erklärte der Kriegsminister, bei den vielen Millionen Köpfen im Heere enthalte sich manches anders, als die Verwaltung es wünscht. Wenn in dieser Richtung Mißgriffe vorkämen, die den Aufgabern und dem Zwecke des Aufklärungsdienstes nicht entsprächen, so werde mit den entsprechenden Maßnahmen vorgegangen werden. Keineswegs bestehe die Absicht, Politik in das Heer hineinzutragen, im Gegenteil, sie daraus zu verdrängen. Ehemalige Versuche, für irgend eine Partei Propaganda zu machen, müsse entgegengetreten werden. Die Kosten des Aufklärungsdienstes würden aus allgemeinen Fonds gedeckt. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter konnte sich nicht vorstellen, daß durch den Aufklärungsdienst die Politik aus dem Heere ausgetrieben werde. Es sei kaum zu glauben, daß man nach einem so langen Kriege und so schweren Opfern vaterländische Parteien unterscheiden wolle. Ein Mitglied der Deutschen Fraktion erklärte, wenn auf allen Seiten der Wunsch nach Einigung und Verständigung vorherrsche, dann könne man sich nach Bekämpfung der Leitfäden leicht verständigen. Gegen die Leitfäden sei nichts einzuwenden. Sie drängten ausdrücklich, daß Betätigung mit Politik nicht Aufgabe des Aufklärungsdienstes sein könne. Auch Fragen der Kriegsgiele sollten nicht behandelt werden. Es gelte die Spannkraft der Soldaten hoch zu halten.

Ein konservativer Redner betonte, seine Freunde wollten keine Politisierung des Heeres. In jedem Fall begrüße er den Aufklärungsdienst auch im Interesse unserer Soldaten, deren Eigenschaften die heftigste Kraft unseres Volkes zu machen geeignet sei. Der Friedensbündel, die nationalpolitische Agenten in Volk und Heer zu verbreiten suchen, müsse entgegengetreten werden. — Ein Redner des Zentrum's sagte, der Samstag sei ein Unglückstag für die Regierung gewesen. Die Hauptschuld trage Staatssekretär Helfferich. Auch die Antwort des Kriegsministers habe keine Grundlage für eine Verständigung bilden können. Die Ausführungen des Reichskanzlers über das Verhalten der Beamten könne man vorbehaltlos unterschreiben.

Staatssekretär Dr. Helfferich stellte fest, daß er in der Vollversammlung vom 6. Oktober seine schriftlichen Ausführungen beendet hatte, als er die Redezeit des Vordredners beendet hatte, was er sachlich vorgebracht, sei auch von dem Vordredner eine Einwendung nicht gemacht worden. Ein vorliegendes Wort werde niemand in seiner Rede zu finden vermögen. Wenn man seinen Ton bemerke, dann möge man sich vorsetzen, daß er, noch ehe er überhört ein Wort gesprochen hätte, mit nicht gerade freundlichen Juristen bestraft worden ist und im weiteren Verlauf kaum einen Satz ohne Zwischenrufe und Unterbrechungen habe beenden können.

Nach Ausführungen von Rednern der Fortschrittlichen Volkspartei, teilte der Reichskanzler mit, daß seitens der Reichszentralbehörden von den ihnen nachgeordneten Stellen Verträge über eine einmalige Veranlassung Untergründer durch dienstliche Vorgesetzte im Interesse der Vaterlandspartei eingeleitet worden seien. Das Material, das bisher vorgelegt, sei äußerst spärlich. Es beschränkte sich auf Einzelstücke von untergeordneter Bedeutung, die durch die Reichspostverwaltung zur Kenntnis der Reichsleitung gekommen seien. Selbstverständlich werde in allen diesen Fällen das Erforderliche veranlaßt werden. Auch der preussische Minister des Innern habe einen Erlaß in dem Sinne herausgegeben. Der Reichskanzler ging dann auf die Leitfäden der Heeresverwaltung über den vaterländischen Unterricht ein, die ihn, als sie zu seiner Kenntnis gelangt seien, durchaus be-  
stimmte hätten. Man könne nicht leugnen, daß die



Wiederholung ist in diesen Zeitungen unbedingt benötigt habe, im sachlicher Weise einen großzügigen Plan der Ausklärung aufstellen. Ausklärung sei ohne Zweifel nötig, namentlich bei der abklingenden Beschäftigungslosigkeit des Stellungsbereits. Sie müsse geistig anregen, die Stimmung heben, die Leute wieder zu Fröhlichkeit und Lachen bringen. Nebenbei müsse aber auch die Kenntnis des vaterländischen Lebens und der vaterländischen Wirtschaft, ihrer Bedingungen und Zusammenhänge gefördert und vertieft werden. Daß die Obersten Heceresleitung die Politik und den politischen Streit vom Heere fernhalten wolle, sei selbstverständlich und in den Zeitungen ausdrücklich hervorgehoben. Naturgemäß seien bei einem so riesenhaften Apparat und bei der Beteiligung so zahlreicher Ausführungsorgane die Grenzen schwer zu ziehen und Fälle von Entgleisungen im einzelnen nicht zu vermeiden. Um dieser Fehler und Entgleisungen willen, die bekämpft und ausgegerrt werden sollten, könne man aber nicht die ganze Organisation auseinanderfallen lassen und die Ausklärungswichtigkeit einstellen. Der Reichskanzler erwähnte dann die günstige Wirkung der Fronttreiben der Abgeordneten, deren Teilnehmer sämtlich die Uebergangung mitgebracht hätten, daß solche Reisen zum Verständnis der besonderen Probleme und der eigenartigen Verhältnisse in Meer und an der Front sehr wesentlich beitragen. Er wolle zur Veranlassung neuer Frontreisen mit der Heeresleitung in Verbindung treten. Wenn die Zahl von 100.000 im militärischen Aufklärungsdienst tätigen Personen genannt worden sei, so könne natürlich keine Rede davon sein, daß eine so große oder auch nur eine annähernd so große Zahl von Menschen gewissermaßen hauptsächlich im Aufklärungsdienst arbeite. Wieviel Personen geographisch und nebenbei mit der Aufklärungswichtigkeit zu tun hätten, könne der Kriegsminister nicht genau angeben. Wenn man allgemein die Politik aus der Ausklärung des Heeres fernhalte, so verstehe es sich von selbst, daß auch eine Kritik unserer Antwortnote an den Papst innerhalb eines Aufklärungsdienstes unzulässig sei. Kriegsminister v. Stein äußerte sich nochmals und betonte, daß ihm als offenem Soldaten das in jedem seiner Worte gefundene Mißtrauen ganz unverständlich erscheine und er sich dadurch verletzt fühle. Hinsichtlich der Vaterlands-partei habe er selbst auf eine Anfrage hin gewarnt, ihr beizutreten, bevor nicht festgestellt sei, daß es sich um eine nicht politische Vereinigung handle.

Ein nationalliberaler Redner betonte, daß die heutigen Ausführungen des Reichskanzlers und des Kriegsministers beruhigend gewirkt hätten.

Ein unabhängiger Sozialist dagegen beantragte, den Aufklärungsdienst aufzugeben und nur militärische Aufklärung zuzulassen.

Reichskanzler Dr. Michaelis: Daß Versammlungen nicht verboten werden sollen, aus dem Grunde, daß sie sich mit der Begründung und Vertiefung der Reichstagsorganisation beschäftigen, das habe er treffen wollen durch die Worte: Ich werde allen Abmachungen und Strömungen mit voller Objektivität gegenüberstehen. Was die heimliche Ausklärung betrifft, auf die nun mit einigem Begehrt werden soll, so ist dies eine Sache, die derartig in die militärische Gewalt eingreift, daß ich mich selbstverständlich vorher, ehe ich eine derartige Erklärung abgebe, mit der Obersten Heeresleitung in Verbindung setzen muß.

Der Antrag der unabhängigen Sozialisten wurde hierauf abgelehnt, sodann gegen die Stimmen der Sozialdemokraten der Nachtragetat unverändert angenommen.

**Erklärung des Großadmirals von Tirpitz.**  
**Berlin, 9. Okt.** Großadmiral von Tirpitz richtete an die Wähler ein Telegramm, in dem er feststellt, daß die Behauptung, er habe für den 1. August d. N. die Unterwerfung Englands vorausgelagt durchaus unwahr sei.

**Die Regierungskrise in Schweden.**  
**Stockholm, 9. Okt.** Der König empfing die Führer der Parteien, um ihre Stellungnahme kennen zu lernen. Alle waren für Beibehaltung der Neutralität. Konservative und Liberale erklärten sich bereit, an einer aus den verschiedenen Parteien zusammengesetzten Regierung sich zu beteiligen. Die Sozialdemokraten lehnten, ab, weil die unverzüglich durchzuführen Verfassungsreform in demokratischem Sinne von der Koalitionsregierung nicht zu erhoffen sei. Der König briefte darauf die beiden Reichstagspräsidenten.

**Die Flucht des II-Bootes aus Cadix.**  
**Madrid, 9. Okt.** (Agence Havas.) Das entwichene deutsche II-Boot hatte keine Munition, da die Torpedos, Bomben und Granaten nach der Internierung im Arsenal abgegeben wurden. Der Kommandant hatte dem Kommandanten des spanischen Torpedoboots, das das II-Boot am 29. im Schlepptau genommen hatte, erklärt, er wisse, daß er interniert werden würde, weil er in spanische Gewässer eingedrungen sei. Er sprach ihm den Wunsch aus, in den Hafen zu fahren.

**Der russische Eisenbahnerstreik.**  
**WIB Petersburg, 9. Okt.** (Pet. Tel.-Ag.) Der Eisenbahnerstreik nimmt den vom Ausbruch der Ausständigen angekündigten planmäßigen Verlauf. Die Regierung beschloß, angesichts des Ausstandes, den Eisenbahner die verlangte Lohnerhöhung vom 1. September ab zu bewilligen, was eine jährliche Ausgabe von 730 Millionen erfordert wird. Gleichzeitig beschloß die Regierung, einen neuen Eisenbahntarif auszuarbeiten. Ferner wird sie ein Gesetz über die besondere Versorgung der Eisenbahner mit Lebensmitteln erlassen. Andererseits glauben die Zeitungen zu wissen, daß die Regierung bis zur Veröffentlichung der erwählten Besätze alle Verhandlungen mit den Ausständigen ablehnen wird und daß sie sogar die Frage einer gerichtlichen Verfolgung des Ausschusses der Ausständigen erwogen hat. Gestern erklärten die Eisenbahnerbataillone der Regierung, sie seien bereit, sie zu unterstützen, um den Ausstand zu beenden. Nach der letzten Nachrichten sind nur die Angestellten der Uste Moskwa-Werke in den Ausstand getreten, während die anderen Vinten nur protestieren.

**Reichstags.**  
**Berlin, 9. Oktober.**  
**Abg. Albrecht (Unabh. Soz.)** fragt wegen Beschäftigung einigsetzender Handwerker mit der Herstellung von Friedens-uniformen und Entlastung derselben aus dem Heeresdienst. Generalmajor v. Dwen: Nach Fertigstellung der Kriegsuniformen wurde die allmähliche Entlastung der Mannschaften angeordnet. Später wurden sie aber wieder notwendig gebraucht und sind augenblicklich voll beschäftigt. Friedensuniformen werden jetzt nicht angefertigt.  
**Abg. Waldstein (F. V.)** fragt an wegen rechtsmäßiger Behandlung der Zivilbevölkerung nach der Besetzung Laboras (Deutsch-Ostafrika) durch die deutsche Regierung. Ministerialdirektor Kriege: Die Regierung hat unverzüglich ihre Maßnahmen getroffen und es ist Ehre eingebracht. Jetzt Schweden erneut Verhandlungen. — Auf die

**Reichstags.**  
**Berlin, 9. Oktober.**  
**Abg. Albrecht (Unabh. Soz.)** fragt wegen Beschäftigung einigsetzender Handwerker mit der Herstellung von Friedens-uniformen und Entlastung derselben aus dem Heeresdienst. Generalmajor v. Dwen: Nach Fertigstellung der Kriegsuniformen wurde die allmähliche Entlastung der Mannschaften angeordnet. Später wurden sie aber wieder notwendig gebraucht und sind augenblicklich voll beschäftigt. Friedensuniformen werden jetzt nicht angefertigt.  
**Abg. Waldstein (F. V.)** fragt an wegen rechtsmäßiger Behandlung der Zivilbevölkerung nach der Besetzung Laboras (Deutsch-Ostafrika) durch die deutsche Regierung. Ministerialdirektor Kriege: Die Regierung hat unverzüglich ihre Maßnahmen getroffen und es ist Ehre eingebracht. Jetzt Schweden erneut Verhandlungen. — Auf die

**Neues vom Tage.**  
**Unterstaatssekretär Giesberts?**  
**Berlin, 9. Okt.** Wie die „B. Z. am Mittag“ hört, soll der Zentrumsabgeordnete Giesberts als Unterstaatssekretär in das neue Reichswirtschaftsamt berufen werden. Giesberts werde nicht, wie die früheren Abgeordneten Spahn und Schiffer, seine beiden Mandate niederlegen, sondern Wert darauf legen, auch als Regierungsmitglied Abgeordneter zu bleiben. Sollte unter diesen Umständen die Berufung des Abg. Giesberts erfolgen, so wird wohl vorher erst Klarheit über die fernere Gestaltung der Reichsverfassung geschaffen werden müssen, die bestimmt, daß niemand zugleich Mitglied des Bundesrates und des Reichstages sein darf. Giesberts hat sich vom einfachen Bäckergehilfen zum Führer der christlichen Gewerkschaften emporgearbeitet. Er wirkte seit 1890 als Arbeitersekretär in München-Stadbach und ver-

**Reichstags.**  
**Berlin, 9. Oktober.**  
**Abg. Albrecht (Unabh. Soz.)** fragt wegen Beschäftigung einigsetzender Handwerker mit der Herstellung von Friedens-uniformen und Entlastung derselben aus dem Heeresdienst. Generalmajor v. Dwen: Nach Fertigstellung der Kriegsuniformen wurde die allmähliche Entlastung der Mannschaften angeordnet. Später wurden sie aber wieder notwendig gebraucht und sind augenblicklich voll beschäftigt. Friedensuniformen werden jetzt nicht angefertigt.  
**Abg. Waldstein (F. V.)** fragt an wegen rechtsmäßiger Behandlung der Zivilbevölkerung nach der Besetzung Laboras (Deutsch-Ostafrika) durch die deutsche Regierung. Ministerialdirektor Kriege: Die Regierung hat unverzüglich ihre Maßnahmen getroffen und es ist Ehre eingebracht. Jetzt Schweden erneut Verhandlungen. — Auf die

**Leserbriefe.**

Es reden und träumen die Menschen viel  
 besserer künftigen Tagen;  
 nach einem glücklichen, goldenen Ziel  
 sie rennen und jagen.

Schiller.

**Dämon des Lebens.**  
 Kriminalerzählung von A. Ostland.  
 (Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Herbert von Ramin stand immer vollständig vorum einen Entschlus. sungen in seine Gedanken, ringen. Blick nach ihm hin. Hesselbach warf einen forschenden verloren, auf dem Dann schritt er, ohne ein Wort zu verlieren, vor. schmalen Wiesenweg ein wenig weiter. reite Kisse im dem Tore stand, drückte er sich. Hier war. vernahm er Holz, und von drinnen, vom Garten her, ein Geräusch. „Das blöte demlich eine Stimme, wahrscheinlich die er. mm. „Das blöte greden, Pluto! Ich ein wenig! Dein Hase. wie ich die der gesund werden, ja, ja! Da — hier ha. er Hund.“ schliches Wasser! So! Braver Hund! Sehr brav. en Holz. Doktor Hesselbach hatte sein Auge dicht an i. es Stück. schen Gartens. Witten auf der nach frischgrünen. Rosen. läche stand ein schlanke junges Mädchen; neben i. ndete em Epäher den Rücken zu; er sah nur die feinen. um. lse des Kopfes, den Kranz glänzender brauner Ha. te. le zierliche Gestalt. Vor dem Hund stand eine gestül. ite er schon die Nähe eines Fremden? Mit einem gen, dumpfen Knurren hob er plötzlich den schönen, igen Kopf in der Richtung nach dem Tore. „Der Hund!“ dachte Hesselbach, unwillkürlich ein mig zurückweichend, „da — da ist er ja! Das sind die- den hellgelben Haare, die an Wilhelm Ramin's Wan- stantantant haaaa“

Ohne weiter zu überlegen, streckte er die Hand aus, und im nächsten Augenblick durchzitterte das gellende Klingeln wieder die Luft.

Der Hund war mit zwei Sprüngen bei dem Tore. Sein dumpfes Gebell klang drohend.

„Pluto!“ rief die Mädchenstimme, „Pluto, herein! Und ruhig!“

Der Hund gehorchte knurrend; Hesselbach hörte, wie das Tier sich etwas zurückzog. Im selben Moment, während von drinnen schon leichte Schritte gegen die Tore kamen, legte sich eine Hand auf Hesselbachs Arm. Ich rasch umwendend, sah er Ramin's totenblaues Gesicht.

„Herr Doktor“, sagte der junge Beamte, „ich beschwöre Sie, haben Sie Mitleid mit dem Mädchen! Sie zum mindesten ist unschuldig und — sie ist meine Braut!“

„Ihre Braut?“

Dr. Hesselbach erhielt keine Antwort mehr auf seine höchst erstaunte Frage. Drinnen wurde der Riegel zurückgeschoben, schon bewegte sich der schwere Torflügel ein wenig.

„Geben Sie, Fräulein!“ rief Hesselbach energisch, „hier ist Dr. Herbert von Ramin!“

Das Tor slog auf. Reich, überwacht, mit müden Augen stand Edith Willstadt auf der Schwelle. Hinter ihr aber tauchte nun, wahrhaftig herbeigelockt durch das Klingeln, noch eine zweite Gestalt auf. Seltsam schon in seiner mattgelben Forderbarkeit hob sich das Antlitz Lilians ab gegen den grauen Himmel. Doktor Hesselbach fuhr fast zurück. Er war ein seiner Kenner weiblicher Schönheit. Diese hier aber überraschte auch ihn. Fast unwillkürlich fiel sein Gruß respektvoller, aus, als es sonst vielleicht der Fall gewesen.

„Darf ich bitten,“ sagte er, „mid vorzustellen, Doktor Ramin! Ich sehe es Ihnen zwar an, daß Sie es für höchst unzulässig halten, daß ich hier klingeite. Aber ich fand es notwendig.“

Hesselbach war bei diesen Worten in den Garten getreten. Herbert hatte sich nun aufgerafft. Er sah es ein: hier konnte nichts mehr verborgen bleiben. Hart war er dem Gesicht jetzt dankbar, daß es wenigstens ihm die führende Rolle in dieser Angelegenheit aus der Hand wand.

„Herr Doktor Hesselbach, mein Chef,“ sagte er wie lässend zu den beiden Frauen, „und hier, Herr

**Reichstags.**  
**Berlin, 9. Oktober.**  
**Abg. Albrecht (Unabh. Soz.)** fragt wegen Beschäftigung einigsetzender Handwerker mit der Herstellung von Friedens-uniformen und Entlastung derselben aus dem Heeresdienst. Generalmajor v. Dwen: Nach Fertigstellung der Kriegsuniformen wurde die allmähliche Entlastung der Mannschaften angeordnet. Später wurden sie aber wieder notwendig gebraucht und sind augenblicklich voll beschäftigt. Friedensuniformen werden jetzt nicht angefertigt.  
**Abg. Waldstein (F. V.)** fragt an wegen rechtsmäßiger Behandlung der Zivilbevölkerung nach der Besetzung Laboras (Deutsch-Ostafrika) durch die deutsche Regierung. Ministerialdirektor Kriege: Die Regierung hat unverzüglich ihre Maßnahmen getroffen und es ist Ehre eingebracht. Jetzt Schweden erneut Verhandlungen. — Auf die

**Reichstags.**  
**Berlin, 9. Oktober.**  
**Abg. Albrecht (Unabh. Soz.)** fragt wegen Beschäftigung einigsetzender Handwerker mit der Herstellung von Friedens-uniformen und Entlastung derselben aus dem Heeresdienst. Generalmajor v. Dwen: Nach Fertigstellung der Kriegsuniformen wurde die allmähliche Entlastung der Mannschaften angeordnet. Später wurden sie aber wieder notwendig gebraucht und sind augenblicklich voll beschäftigt. Friedensuniformen werden jetzt nicht angefertigt.  
**Abg. Waldstein (F. V.)** fragt an wegen rechtsmäßiger Behandlung der Zivilbevölkerung nach der Besetzung Laboras (Deutsch-Ostafrika) durch die deutsche Regierung. Ministerialdirektor Kriege: Die Regierung hat unverzüglich ihre Maßnahmen getroffen und es ist Ehre eingebracht. Jetzt Schweden erneut Verhandlungen. — Auf die

**Reichstags.**  
**Berlin, 9. Oktober.**  
**Abg. Albrecht (Unabh. Soz.)** fragt wegen Beschäftigung einigsetzender Handwerker mit der Herstellung von Friedens-uniformen und Entlastung derselben aus dem Heeresdienst. Generalmajor v. Dwen: Nach Fertigstellung der Kriegsuniformen wurde die allmähliche Entlastung der Mannschaften angeordnet. Später wurden sie aber wieder notwendig gebraucht und sind augenblicklich voll beschäftigt. Friedensuniformen werden jetzt nicht angefertigt.  
**Abg. Waldstein (F. V.)** fragt an wegen rechtsmäßiger Behandlung der Zivilbevölkerung nach der Besetzung Laboras (Deutsch-Ostafrika) durch die deutsche Regierung. Ministerialdirektor Kriege: Die Regierung hat unverzüglich ihre Maßnahmen getroffen und es ist Ehre eingebracht. Jetzt Schweden erneut Verhandlungen. — Auf die



Staatssekretär v. Capelle: Die Tatsache, daß die russische Revolution in einigen wenigen Tagen an Bord revolutionärer Flotten großgezogen und bei ihnen wahnwitzige Pläne erzeugt hat, ist nicht zu leugnen. So hätten sie Pläne, auf allen Schiffen Vertrauensmänner zu werben und die ganze Mannschaft der deutschen Flotte zur Gehorsamsverweigerung zu bringen (Hört! Hört!), um auf diese Weise, eventuell unter Anwendung von Gewalt, die Flotte loszulassen und den Frieden zu erzwingen. (Stürmische Pluraf.) Es ist eine Tatsache, daß diese Leute Versprechungen zur unabhängigen sozialistischen Partei hatten. (Großer Lärm, Pluraf, Rufe: Unmöglich!) Es steht allemal fest, daß der Hauptagitator hier im Reichstage im Fraktionszimmer der unabhängigen Sozialisten den Abgeordneten Dümmann, Haase und Bogheer seine Pläne vorgelesen und Billigung gefunden hat. (erneuter großer Lärm, Pluraf), daß er auf die Gefahren des Unternehmens hingewiesen hat und zur größten Vorsicht gemahnt worden ist, daß er aber ihre volle Unterstützung zur Unterstützung von Agitationsmaterial zugesagt erhielt. (Pluraf.) Dieser Agitation gegenüber war es meine erste Pflicht, den Vertrieb des versprochenen Agitationsmaterials unmöglich zu machen. (Beifall.) Ich habe deshalb die zuständigen Kommandobehörden ersucht, die Verteilung des Materials mit allen Mitteln zu verhindern. (Stürmische Bravo.) Einige sehr und pöbelhafte Leute haben sich schwer vertragen und sind der verdienten Strafe gewürdigt worden. Trotzdem will ich vor der offenen Redaktionstribüne sagen, daß die anlaufenden Gerüchte, die natürlich auch hinterbracht worden sind, maßlos übertrieben sind. Die Schlagfertigkeit der Flotte ist auch nicht einem Moment in Frage gestellt worden. (Lebhaftes Bravo.) Und so soll es bleiben! (Stürmischer Beifall und langanhaltende Anrufe.)

Hg. David (So.): Diesen schweren Anklagen gegenüber müssen wir Zurückhaltung üben und zunächst die Angeklagten hören. Sind Handlungen nachweisbar, die gegen die Gesetze verstoßen, so muß Bestrafung eintreten. Wir billigen jeder Partei, auch den Alldeutschen, Bewegungsfreiheit zu, nur darf ihre Agitation nicht von behördlicher oder militärischer Seite gehindert werden. Man fordert den Reichskongress zum Staatsstreik gegen die Anhänger des Verständigungsstrebens auf. Wer trägt die Verantwortung dafür, daß die Einheit des Volkes zerfallen wird? Die Vaterlandspartei ist weiter nichts als der Rahmen für die Agitation zu den kommenden Reichstagswahlen. Sie ist eine ausgesprochene Partei der oberen Schichten. Die Leitfäden der Herrensverwaltung enthalten eine ganze Reihe von Fällen, die in das Politische hinüberspielen. Die Friedensrevolution hat im Ausland gewaltig gewirkt. Die Vaterlandspartei ist aber nichts als eine Hilfstruppe der feindlichen Kriegshetze.

## Landesnachrichten.

Altensteig, 10. Oktober 1917.

### Der Geburtstag der Königin.

Württemberg ist das Land der Wohltätigkeit. Es entspricht der schwäbischen Gemütsart, des Nächsten nicht zu vergessen und ihm beizustehen, wenn Not und Drangsal ihn bedrücken. Die Zahl der Vereine und Anstalten im Dienste der Nächstenhilfe aller Art ist nicht leicht in einem andern Bundesstaat verhältnismäßig so groß wie in Württemberg. Und von jeher war es die rühmliche Gewohnheit unserer Landesfürstinnen, an den Feiern des Wohlthuns nicht nur in hervorragender Weise teilzunehmen, sondern ansehnend und vorbildlich einzugreifen und Wege zu weisen. So hat auch unsere Königin Charlotte, seit das Schwabenland ihr zur Heimat geworden ist, die Aufgaben ihres hohen Berufs vor allem darin erfüllt, Schwache zu trösten, Schmerzen zu lindern und Tränen zu trocknen. Wie so manches Mal trug ihr Besuch Sonnenschein und Freude in die Stätten, wo menschliches Leiden seine Wohnung hat und wie so manches geklagte Herz hat ihre gütige Teilnahme und Hilfe aufgesucht. Und die Verwundeten und Kranken des Kriegs, was können sie aus den zahlreichen Lazaretten des Landes erzählen von den Gaben und dem Trost, die die Fürsorge der Königin in so reichem Maße spendet. Tausende von Kriegern aus anderen Bundesstaaten, die in württembergischen Pflegestätten Heilung gefunden und die hilflose Hand unserer Landesmutter erfahren haben, werden ihren Ruhm hinaustragen in ihre Heimat. Wir Schwaben aber bringen unseren Dank in den herzlichsten Wünschen zum Ausdruck, die wir am heutigen Tage, da unsere geliebte Königin in ein neues Lebensjahr eintritt, ihr zu Füßen legen. Gott schütze und erhalte unsere Königin Charlotte!

Die württ. Verzeichnisse Nr. 616 enthält u. a. folgende Namen: Christian Benz, Nagold, l. verw. Hans Böckhoff, Baiersbrunn, schw. verw. Christian Bränning, Rohrbach, l. verw. Johannes Bränte, Reinsfeld, l. verw. Otto Eberle, Freudenstadt, schw. verw. Georg Großhans, Nidelsberg, l. verw. Karl Diller, Calw, gef. Friedrich Kern, Oberweiler, gef. Andreas Koller, Gimmelsweiler, l. verw. gef. Gestr. Hermann Schäfer, Dietzweiler, schw. verw. Gattlich Schwab, Gröbba, l. verw. Friedrich Weid, Weisingen l. verw., v. d. Tr. Georg Weinher, Dornstetten, l. verw. Otto Wolf, Freudenstadt, gef. l. verw.

Hindenburggabe. Der Ertrag unserer Sammlung für die „Hindenburggabe“ ist über Erwarten gut ausgefallen. Außer der Tellerammlung am 30. September (120,17 M.) wurden den einzelnen Sammelstellen insgesamt übergeben: Herr Stadtpfarrer Haug 94 M., Herr Notar Paul 78,50 M., Rektor Jetter 176 M., worunter die von der hiesigen Stadtgemeinde gespendeten 100 M. gezählt sind. Der Gesamtertrag beläuft sich somit auf 468 M. 67 S. Die nach Abzug der entstandenen Unkosten der Hauptversammlung in Stuttgart überwiesenen Nachtragsgaben können noch im Lauf dieser Woche an den Unterzeichneten verabschickt werden. J. L. Jetter

Tauchbootspende. Die Sammlung für die württembergischen Tauchboote hat in Württemberg die Summe von rund 900 000 Mark erbracht. Auch bei dieser Summe wird Württemberg unter den deutschen Staaten im Verhältnis in erster Reihe stehen.

7. Kriegsanleihe. Die Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G. (Alte Stuttgarter) hat auf die 7. Kriegsanleihe 24 Millionen (mit den 6 früheren Anleihen insgesamt 90 Millionen) gezeichnet. W. Wolf u. Söhne-Unternehmen zeichneten 1,1 Mill. M., die Stuttgarter Straßenbahnen 200 000 M., Generalleutnant v. Reibhardt in Stuttgart 55 000 M., Heinrich Gammann, Chem. Fabrik in Weisingen a. F. 50 000 M., der Groß-Einkaufsverein der Kolonialwarenhandler Württembergs 20 000 M.

Zu Gunsten der Kriegsteilnehmer der höheren Schulen. Infolge der langen Dauer des Kriegs, der viele Anwärter auf den Staats-, Kirchen- und Schuldienst aus der Vorbereitung auf ihren Beruf herausgerissen und an der rechtzeitigen Erhebung der Dienstprüfungen verhindert hat, ist es notwendig geworden, Maßnahmen zu treffen, um eine Benachteiligung dieser Kandidaten durch den Heeresdienst oder den vaterländischen Hilfsdienst zu verhindern oder doch möglichst zu mindern. Um eine Benachteiligung im Prüfungsdienstalter und Tagelohnsdienstalter zu verhindern, haben dem „Staatsanzeiger“ zufolge die beteiligten württembergischen Ministerien eine Vereinbarung getroffen, wonach diese Kandidaten, wenn sie die entscheidende Dienstprüfung erstanden haben, in die Prüfungsliste so eingereiht werden, wie wenn sie die Prüfung nach Kriegsausbruch zu dem Zeitpunkt bestanden hätten, zu dem sie von ihnen im Frieden demütlich abgelegt worden wäre, ferner soll ihnen in diesem Umfang die Dauer der Kriegsdienst- oder Hilfsdienstzeit in die für die Vorrichtung im Tagelohn maßgebende Verwendungzeit eingerechnet werden. Diese Vergünstigungen kommen f. i. r. auch den Kandidaten des höheren Lehramts zu gut. Außerdem wird zunächst bei denjenigen von ihnen, die in diesem Jahr eine Prüfung ablegen wollen, die Zeit ihres Kriegs- oder vaterländischen Hilfsdienstes bis zur Dauer eines Jahres bei der Zulassung zur ersten Dienstprüfung auf das vorgeschriebene vierjährige Fachstudium angerechnet, bei der Zulassung zur zweiten Dienstprüfung auf das Vorbereitungsjahr, das somit unter Umständen ganz wegfällt kann. Aber auch bei der Prüfung selbst können diesen Kandidaten besondere Vergünstigungen gewährt werden, wenn sie während des Hochschulstudiums oder des Vorbereitungsjahres mindestens 6 Monate Kriegs- oder Hilfsdienst geleistet haben und die Art ihres Dienstes derart war, daß eine wesentliche Beeinträchtigung des Studiums oder der Vorbereitung damit verbunden war. Für diejenigen Kandidaten, die bei dem Eintritt in den Kriegs- oder Hilfsdienst noch kein Fachstudium von 4 Semestern hinter sich hatten, sind besondere Bestimmungen vorbehalten worden.

Deutsche Vaterlandspartei. Auch in Württemberg, wie in anderen Bundesstaaten, sind der Deutschen Vaterlandspartei zahlreiche Mitglieder aus dem ganzen Lande beigetreten. Erster Vorsitzender ist Prof. Dr. v. Helldorf, zweiter und dritter Oberdienstwart Dr. Egelhaaf-Stuttgart und Kommerzienrat Beringer-Stuttgart. Die Geschäftsstelle, an die Beitrittserklärungen gerichtet werden können, befindet sich zunächst in Stuttgart, Schellingstraße 4, Erdgeschoss.

Keine Nationserhöhung für geistige Schwerarbeiter. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts hat die Bitte um Lebensmittelpulver für Personen, die eine geistig anstrengende Tätigkeit berufsmäßig ausüben, abgelehnt, da im Kriege jeder schwer arbeiten müsse und der Kreis der Berechtigten schwer zu umgrenzen sei.

Viernot. Der Deutsche Bränerbund teilt mit, daß aus der neuen Gerste zur Bierherstellung für Heereszwecke vom Doppelzentner 10 Hektol. Bier von mindestens 6 Prozent Stammwürze abgeliefert werden müssen, sobald für die Mundschalt wohl nichts übrig bleibe.

Kirchweihfest. Wegen Neuordnung der kirchlichen Feste fällt das Kirchweihfest auf nächsten Sonntag, während es im Kalender erst am Sonntag in acht Tagen verzeichnet ist.

Einschränkung des Eisenbahnverkehrs. Während „Berl. Tagebl.“ aus Dresden gemeldet wird, sollen die Beschlüsse der deutschen Eisenbahnverwaltungen betr. Einschränkung des Eisenbahnverkehrs demnächst veröffentlicht werden. Sie betreffen in erster Linie die Erhebung eines Zuschlags und den Verkehr mit Schnellzügen. Im Winterfahrplan werden auch ganze Züge und Verbindungen fortfallen. Ausdrücklich sei betont, daß der Personenverkehr von den Zuschlägen befreit bleiben wird. Uebrigens hat Württemberg noch eine besondere Maßnahme getroffen: eine Sonderbelastung des gesamten Verkehrs an den Samstag-Nachmittagen und an den Sonntagen.

Handel und Gewerbe nach dem Kriege. In Berlin fand am 8. Oktober eine Versammlung von Vertretern der Industrie, des Handels und Gewerbes statt, die folgende Entschlüsse annahm: 1) Jede staatliche Einmischung während einer möglichst kurz zu bemessenden Uebergangszeit muß aufs äußerste eingeschränkt und nach dieser Uebergangszeit völlig beseitigt werden; 2) Alle Stilllegungen und Zusammenlegungen, deren Nachteile schon im Kriege vielfach die erwarteten Vorteile überwiegen, müssen nach Kriegsende möglichst rasch beseitigt und es müssen Maßregeln getroffen werden, die den vollen Betrieb und die Wettbewerbsfähigkeit der stillgelegten Betriebe in kürzester Zeit sichern; 3) Dem Handel muß nach dem Kriege so rasch wie irgend möglich die frühere freie Stellung wieder eingeräumt und es muß über die Grundzüge der Beschaffung und Zuteilung von Rohstoffen, Fabrikaten, Ballast und Schiffsraum während der Uebergangswirtschaft schon jetzt eine den Interessen der Industrie und des Handels Rechnung tragende Vereinbarung herbeigeführt werden; 4) Von Monopolen ist grundsätzlich Abstand zu nehmen.

Prämien für Sammeln von Brenneffeln? Viele Brenneffeln stehen noch ungenutzt, die jetzt restlos gesammelt werden müssen. Die Kesselfaser-Verwertungsgesellschaft m. b. H., Berlin SW. 68, Schützenstr. 65/66, gewährt jedem Sammler, welcher nach dem 1. Oktober d. J. seiner Sammelstelle auf einmal mindestens 10 Kilo völlig trockene und entblätterte Stengel abgeliefert, neben dem bisherigen Sammellohn von 14 Pf. per Kilo die gleiche Summe noch einmal als Prämie, also eine Prämie von 14 Pfennigen per Kilo, so daß sich der Sammellohn bei Ablieferung von 100 Kilo von M. 14.— auf M. 28.— erhöht. Die kleinen Prämien, welche bisher für Ablieferung von mindestens 5 Doppelzentnern gezahlt wurden, kommen vom 1. Oktober ab in Wegfall. Durch die neue Prämie gestaltet sich das Sammeln sehr lohnend, ganz besonders aber, wenn auch die trockenen Blätter, für welche M. 24.— für 100 Kilo gezahlt wird, mit abgeliefert werden.

Räumungslagen gegen Kriegerfrauen. Die Frau eines Kriegsteilnehmers hatte während des Kriegs eine Wohnung gemietet, den Mietvertrag allein unterzeichnet, aber keine Miete gezahlt. Es war gegen sie ein Räumungsurteil ergangen. Der im Felde befindliche Mann widersprach der Vollstreckung. Das preuss. Kammergericht hat der Beschwerde stattgegeben und erklärt, daß die Vollstreckung eines gegen die Frau eines Kriegsteilnehmers ergangenen Räumungsurteils nicht zulässig sei, wenn nicht auch der Mann zur Räumung verurteilt worden sei, denn der Mann sei als Haushaltungsvorstand Inhaber der von ihm gemieteten Wohnung. Die Frau sei in seiner Abwesenheit lediglich als Bescheidenerin im Sinne des § 855 des BGB. anzusehen.

Halterbach M. Nagold, 9. Okt. (Gut abgelaufen.) Der Dampfzug an der Böfinger Straße von Nagold und Graf drohte ein Schadenfeuer, das aber rechtzeitig entdeckt und bewältigt worden ist.

Künzelsau, 9. Okt. (Tödlicher Unfall.) Der langjährige Rechner der Darlehenskasse und verheiratete Bauer Georg Burkhardt von Jungholzhausen fiel auf der Heimfahrt vom Künzelsauer Markt so unglücklich vom Gefährt, daß der Tod sofort eintrat.

Der Kronprinz über die württ. Truppen. Beim König ist folgendes Telegramm des deutschen Kronprinzen vom 5. Oktober eingegangen:

„Zu meiner besonderen Freude kann ich Dir melden, daß die württembergischen Truppen sich in den schweren Kämpfen bei Verdun, wie überall bisher, hervorragend geschlagen und ganz vorzügliches geleistet haben. Besondere Anerkennung verdienen diejenigen Truppen, die in zähem Ringen in schwerstem Feuer ausdauernd, ihre Stellung restlos gehalten und dem Feinde in Abwehr und Angriff schwere Verluste beibrachten. So haben württembergische Regimenter in 3 Tagen allein 12 starke Angriffe gegen die von ihnen gefürmten Stellungen restlos und blutig abgewiesen; mein festes Vertrauen und das Gefühl enger Zusammengehörigkeit mit den tapferen Württembergern meines Befehlsbereichs ist durch die jüngsten Taten Deiner Truppen aufs neue vertieft und gesteigert.“

(gez.) Wilhelm, Kronprinz.  
(Der im Tagesbericht genannte Major Bürger ist ein Sohn des früh. Arztes in Ruppertszell bei Wehringen.)

Stuttgart, 9. Okt. (Schließung eines Wehwarengeschäfts.) Ein größeres hier. Wehwarengeschäft hat zwecks Feststellung von Verfehlungen schwerster Art gegen die Bundesratsverordnung vom 10. Juni 23. Dezember 1916, betreffend die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren, auf Anordnung des Stadtschultheißenamts vorläufig geschlossen werden müssen.

### Die letzte Sau.

In einer Versammlung erzählte ein Redner, eine Stadt, deren Namen er nicht mehr angeben könne, da es schon vor längerer Zeit, einigen hundert Jahren, gegeben sei, hätte eine Belagerung auszuhalten gehabt, die sie an den Rand der Hungersnot brachte. Da sei schließlich nur noch eine fette Sau im Stall gewesen. Wenn die geschlachtet und aufgegeben sei, dann müsse die Stadt übergeben werden, weil die Einwohner hernach weder etwas zu belien noch zu nagen hätten. Da kamen sie aber auf den Gedanken, lieber noch einige Tage zu schnarmanen und die Sau großzügig den Feinden über die Mauer zu werfen, daß jene sich davon augenscheinlich überzeugen können, die Stadt sei mit Lebensmitteln noch gut versehen, ja schwelge im Ueberfluß, sonst könnten die Einwohner auf solche fetten Schweinebraten nicht verzichten. Der Gedanke wurde zur Tat, die Sau getötet und mit Haut und Haar über die Stadtmauer geworfen. Die Feinde überzeugten sich von der Vortrefflichkeit des Schweinefleisches und kamen zu dem erwünschten Schluß, daß eine weitere Belagerung der Stadt aussichtslos sei, wenn die Lebensmittel noch dermaßen im Ueberfluß sich vorfinden, daß sogar an die Feinde verschenkt werden können. Sie gaben die Belagerung auf, zogen ab und die letzte Sau hatte die Stadt gerettet.

Das war also geschickt gehandelt; denn geschickt ist man immer dann, wenn man mit dem angewandten Mittel den beabsichtigten Zweck erreicht. Noch geschickter oder „pfffig“ ist man aber, wenn das angewandte Mittel das billigste ist, das es geben kann, so daß „einem der Schaden in den eigenen Leib schlägt.“ Also besser wäre es gewesen, wenn die Ausgehungen der Schweinebraten selbst verzehrt hätten. Es war immer noch kein „Schwabenstreik“, die Geschichte mit der letzten Sau, deshalb behaupte ich, daß jene nicht genannte Stadt keinesfalls im Schwabenland zu suchen ist. Und das ist zu beweisen, denn dieselbe Ge-



Schichte vollerte tatsächlich auch zweimal in unserem Land. Aber so. Der Hohenhausen, die alte Kaiserburg, wurde belagert. Im Stall stand noch ein Ochse, es kann auch ein Kalb gewesen sein, und auf dem Speicher stand noch ein Starr Korn. War dieser Vorrat aufgezehrt, dann mußte die Burg übergeben werden. Nun wurde auch die letzte Sau ausgespielt. Man fütterte dem Ochsen das Starr Korn, schlug ihn gleich darauf tot, megelte ihn und warf — nicht den Ochsen, sondern nur den Magen und das Gedärme über die Mauer den Berg hinunter. Die Feinde bemerkten den Vorrat an Korn und Fleisch und zogen ab. Der Ochsenbraten aber — er schmecte denen auf der Burg vorzüglich beim Siegesfest.

Die Burg Reußen wurde belagert. Alles war aufgezehrt, nur der alte Esel, der seither das Wasser und die Milchfläcke den Berg herauftragen mußte, stand mit gefülltem Kopf in seiner Stalle. Man trieb auch noch ein Säcklein mit Haber auf. Damit füllte man dem Esel die Krippe und als er sich wieder einmal recht voll gefressen hatte kletterte man ihm ein Jähres Ende, nahm seinen gefüllten Wanst u. warf ihn den Berg hinunter. Daraus konnten die Feinde sehen, daß die Frucht zur Tierfütterung noch reichlich vorhanden war, wie viel weniger konnte es dann den Menschen daran mangeln. Die Feinde waren von der Unheimlichkeit der Burg überzeugt und zogen ab.

So wird im Schwabenland die letzte Sau ausgespielt. Man wirft dem Feind den Degen hin und den Nutzen behält man selbst. Am großen Degen soll er dann die Größe des vorhandenen Nutzens erkennen. Jetzt ist der Zeitpunkt für unser belagertes Deutschland gekommen, da die letzte Sau ausgespielt werden muß. Der geschickte Schwabe wird bei der siebten Kriegsanleihe den Ernst der Lage erfassen und sich zu dem höchsten Entschluß aufraffen, den letzten Hundert, den er aufzutreiben vermag, zur Befreiung des Vaterlandes dranzugeben. Er gibt sein Geld ja nicht den Feinden hin, er leiht es nur dem Staat und hat den bleibenden Nutzen davon. Aber an der großen gezeichneten Summe muß der Feind sehen, daß noch Geld und guter Wille genug vorhanden ist, daß wir durchhalten können und durchhalten wollen, bis er sich eines Besseren besinnt. — Also!

### Vermischtes.

**Etikette.** Die Harpener Bergbau-Gesellschaft hat für ein Waisenhaus der Hinterbliebenen Kriegssoldaten 300.000 Mk. **Warnung.** Das Bezirksamt Zweibrücken (Rheinl.) erläßt an die Bürgermeister u. Wachen betreffs des Verhaltens gegenüber Kriegsgefangenen. In letzter Zeit seien mehrere Fälle festgestellt worden, in denen Kriegsgefangene Schonen mit den Entevorridten in Brand stechen. **Wahrheitsliebhaber.** In Danzig dürfen, wie dem „V.L.“ gemeldet wird, ähnliche Geschäfte nur in der Zeit von 6 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags offenhalten werden.

Lebensmittelpreise sollen von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends geöffnet sein.

**24 Stunden-Post.** Die Schweizer Nationalbank hat in einer Entschuldig. den Bundesrat gegen, für alle öffentlichen Dienste des Bundes die Stunden nicht mehr nach der Tageseinstellung von zweimal 12, sondern von 24 aufeinanderfolgenden Stunden von Mitternacht bis Mitternacht zu berechnen.

**Schleichhandel mit Schwarzpulver.** In der Pfalz ist ein ausgebreiteter verbotener Schleichhandel mit Schwarzpulver im Gange. Namentlich in der Schanzstadt Birmensdorf sollen geheime Schleichfabriken im Betrieb sein. Neulich wurden nun durch Beamte des Bezirksamts und des bayer. Landgerichtsrats Untersuchungen angestellt mit dem Erfolg, daß bei der Ehefrau des im Feinde stehenden Knopfmachereibesitzer Alfred Weich, welche ebenfalls im Geheimen die Schleichfabrikation betrieb, 70 Dugend Stiefel im Werte von 3000 Mk. beschlagnahmt wurden. Weitere Beschagnahmen sollen bevorstehen. Die Untersuchung hängt nach den „M. N. N.“ mit der Straßfrage gegen den Kaufmann Rosenbergs in Stuttgart („Komete“) zusammen.

**Die Kathedrale von St. Quentin.** Bei der alten Stadt Vermand an der Somme erlitt im Jahr 287 der heilige Quentin den Märtyrertod. In der ersten Hälfte des neunten Jahrhunderts soll eine fromme Frau in der Somme Kopf und Körper des Märtyrers gefunden haben, die dann in einer Kapelle bei Vermand beigesetzt wurden. Die Kapelle wurde zu einem beliebigen Wallfahrtsort und als später Vermand zerstört wurde, entstand um die Kapelle eine neue Stadt, St. Quentin genannt. Aus der Kapelle entstand eine mächtige Basilika mit eigenem Dombererkapitel, deren Bau sich durch drei Jahrhunderte hinzog. Eine eigentliche Kathedrale, d. h. eine Kirche, wo ein Bischof amtet, ist die mächtige Säule des St. Quentin nicht, da nie ein Bischof in der nach ihm benannten Stadt residiert hat. St. Quentin gehörte vielmehr zum früheren Bistum Reims. In den letzten Wochen haben englische und französische Geschütze ihr Zerstörungswerk an dem ehrwürdigen Bau ausgeübt, trotzdem behaupten die Franzosen, sie hätten nie eine Kugel gegen die Kirche gerichtet; die Zerstörung sei das Werk der deutschen „Barbaren“. Neben dem schönen Bauwerk zerstörten auch viele Kunstdenkmäler darin verloren sein, dagegen sind die wertvollen gemalten Glasfenster von den „Barbaren“ gerettet worden.

**W.T.B. Berlin, 9. Okt. (Amtlich.)** Im Kermellana wurden durch eines unserer II Boote neuerdings vier tiefseelabene Dampfer versenkt, die alle bewaffnet waren.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

**W.T.B. Amsterdam, 10. Okt.** Im Sept sind an der holländischen Küste nicht weniger als 414 Minen angelegt worden. Davon waren 359 englischer, 9 deutscher, 6 französischer und 40 unbekannter Herkunft.

**W.T.B. Washington, 10. Okt. (Neuter.)** Die Regierung beabsichtigt, 350 Millionen Dollar für den Bau von Torpedojägern auszugeben. Das Bauprogramm soll in 18 Monaten durchgeführt werden.

**W.T.B. Bern, 10. Okt.** In Toulon traf, französischen Blättern zufolge, eine japanische Marine mission ein, die die militärischen und maritimen Anlagen besichtigt.

**Berlin, 10. Okt.** Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ aus Haag berichtet wird, hat nach einer Petersburger Meldung die russische Regierung am 20. Sept. ein Dekret ausgefertigt über die Ausdehnung der Frauenrechte im Staatsleben.

**Berlin, 10. Okt.** Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Haag erklärte der Schweizerische Gesandte Sulzer im Zusammenhang mit dem amerikanischen Ausfuhrverbot, das Schweizerische Volk stehe vor einem Mangel an Steinkohlen und Lebensmitteln. Das bedeutet schwere Lage für uns. Offensichtlich wird das Schweizerische Volk die Prüfung bestehen.

**Wetter.** Dem Luftwibel ist rasch ein neuer gefolgt, auf dessen Rückseite am Donnerstag und Freitag weiterhin wechselnd bewölkt und aufheiterndes, aber weniger warmes Wetter zu erwarten ist.

Druck und Verlag der W. Nieker'schen Buchdruckerei, Altensteig. Für die Schriftleitung verantwortlich Ludwig Sauf.

### Legte Nachrichten.

#### Der Abendbericht.

**W.T.B. Berlin, 9. Okt., abends. (Amtlich.)** In Flandern entwickelte sich aus den Frühlämpfen eine neue Schlacht, die zwischen Draabank (nördlich von Bizschote) und Ghelvelt (18 Kilometer) noch andauert. Trotz mehrmaligen Ansturms beschränkt sich der Geländegewinn des Feindes nach den bisherigen Meldungen auf einen schmalen Streifen zwischen Draabank und Boelcapelle im übrigen wurden die Angriffe abgeschlagen. Sonst nichts von Bedeutung.

### Für die Soldaten!

Wer seine Angehörigen im Feld durch regelmäßig, zuverlässige Nachrichten aus der Heimat erfreuen will veranlasse die Nachsendung unserer Zeitung

### „Aus den Tannen“

Bestellungen wollen bei unserer Expedition unter genauer Angabe der Adresse gemacht werden. Bezugspreis im Monat nur 70 Pfennig.



### Zimmerfeld. Danksagung.

Für die uns von nah und fern erwiesene Teilnahme an dem herben Verluste unseres auf dem Felde der Ehre gefallenen, unvergesslichen Sohnes, Bruders und Schwagers **Friedrich Kern** sowie für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers Schmidt sprechen wir auf diesem Wege unsern innigsten Dank aus. Die trauernden Hinterbliebenen: **Hilob Fr. Wurster, Holzhaner mit seinen Kindern.**

### Altensteig.

**Reg Einfeld-Apparate Reg Konserven-Gläser**

sind wieder eingetroffen bei **Chr. Burghard jr.**

Altensteig-Stadt. Ein gut erhaltenes

### Moffsaß

327 1/2 Liter haltend steht dem Verkauf aus

Stadtpfleger Ludwig Nagold.

### Mädchen

Ordentliches, 14—16 jähriges für sofort gesucht. Frau Oberpräzeptor Nagold.

### Mädchen-gesuch.

Wegen Erkrankung des bisherigen Mädchens wird zu sofortigem Eintritt ein Mädchen, das schon gedient hat, in kleine Familie gesucht. Frau Prokurist Nie Nagold, Daiterbacher-Strasse.

### Verloren

ging am Sonntagabend vom Bahnhof Altensteig bis Kaufhaus eine goldene Damen-Uhr mit Armband. Der ehe liche Finder wird gebeten diese gegen Belohnung im Gasthaus z. Baum Zuweiler abzugeben.

### Vorzügliche Blei-Stifte

empfehlen noch im Groß- und Kleinderkauf die **W. Nieker'sche Buchhdl. Altensteig.**

In hiesiger Gemeinde sind

### 100 bis 130 Zentner Mostobst

zu verkaufen. Vermittlungsstelle: Schultheiß: Dürr.

### Feldpostschachteln:

10- und 5-Pfd.-Schachteln (solide Ausführung) 1- und 1/2-Pfd.-Schachteln in verschiedenen Größen und Formen

### Gesälz-Schachteln

vorzüglich bewährte Schachteln für den Versand von Eingemachtem, Honig, Kraut etc.

### Eier-Schachteln

für 6 Eier

### Papierfäcke

zum Feldpostversand von Wäsche stücken bewährt, leicht und dabei sehr kräftig

empfehlen die **W. Nieker'sche Buchhdl. Altensteig.**

